



Eine neue Ära für die Medienregulierung in Europa: Die wichtigsten Verpflichtungen des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes treten in Kraft.

Der Medienrat und die nationalen Regulierungsbehörden sind bereit, ihre neuen Zuständigkeiten zu übernehmen

Der 8. August 2025 ist ein wichtiger Meilenstein für die Medienfreiheit in der Europäischen Union, da die Kernbestimmungen des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes (EMFA) offiziell in Kraft treten. Diese neue Verordnung stärkt die Freiheit, Unabhängigkeit und Pluralität der Medien in der gesamten EU.

Der EMFA ist ein Rechtsakt, der darauf abzielt, demokratische Werte zu verteidigen, indem er die Nachhaltigkeit und Sichtbarkeit vertrauenswürdiger, redaktionell verantwortlicher Medien und Nachrichteninhalte fördert. Er kommt zu einer Zeit in der zunehmenden Polarisierung und Desinformation, einschließlich Kampagnen, die von außerhalb der Union orchestriert werden und die europäischen Demokratien untergraben, und reagiert auf die Herausforderungen und Bedrohungen für Medienunternehmen und Journalisten, die zunehmend politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Druck ausgesetzt sind.

Der EMFA zielt darauf ab, diesen Trends durch konkrete und durchsetzbare Maßnahmen entgegenzuwirken. Mit dem **Europäischen Gremium für Mediendienste** (Media Board) wurde ein neues unabhängiges europäisches Beratungsgremium geschaffen. In diesem kommen die nationalen Regulierungsbehörden, so auch der Medienrat, zusammen. Aufgabe des Media Board ist es, die Maßnahmen der europäischen Regulierungsbehörden zu koordinieren, bewährte Verfahren für eine kohärente und wirksame Anwendung der EMFA und der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste auszutauschen und die Europäische Kommission in Fragen der Medienregulierung zu beraten.

Das Media Board wurde am 10. Februar 2025 offiziell eingerichtet und ist nun bereit, seine neuen Aufgaben im Rahmen des EMFA in folgenden Schlüsselbereichen in vollem Umfang wahrzunehmen:

- Ein zentrales Ziel ist es, die **Konzentration von Medienbesitz** zu begrenzen. Wenn große Medienunternehmen fusionieren oder aufgekauft werden, kann das künftig vom Media Board geprüft werden. Dabei geht es vor allem darum, ob solche Zusammenschlüsse die journalistische Unabhängigkeit oder die Vielfalt der Berichterstattung gefährden. Auch ohne nationale

Prüfung kann das Gremium aktiv werden – entweder aus eigener Initiative oder auf Wunsch der EU-Kommission.

- Darüber hinaus kann das **Media Board** eingreifen, wenn ein EU-Land neue Regeln erlässt, die die Arbeit von Medienunternehmen stark einschränken könnten. Mediendiensteanbieter, die direkt betroffen sind, dürfen sich ebenfalls an das Gremium wenden und eine Stellungnahme einholen.
- Ein weiteres Anliegen ist der **Schutz vor gezielter Einflussnahme aus Ländern außerhalb der EU**. Wenn Medieninhalte aus Drittstaaten eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen – etwa durch Propaganda –, koordiniert der Mediaausschuss die Reaktion der nationalen Behörden. Dafür werden klare Kriterien entwickelt, damit alle Länder einheitlich handeln können.
- Auch **große Online-Plattformen** wie Meta, X (ehemals Twitter), YouTube oder LinkedIn stehen künftig stärker in der Verantwortung. Wenn Inhalte von unabhängigen Medien dort ungerechtfertigt gelöscht oder blockiert werden, soll ein fairer Dialog zwischen Plattform und Anbieter stattfinden. Das Ergebnis kann dem Media Board gemeldet werden, das dazu Stellung nehmen darf.

Darüber hinaus enthält der EMFA auch klare Verpflichtungen für verschiedene Akteure:

- **Die EU-Mitgliedstaaten** müssen sicherstellen, dass Medien in ihrem Land unabhängig arbeiten können. Dazu gehört auch, dass öffentlich-rechtliche Medien ausreichend und stabil finanziert werden. Außerdem müssen transparente Verfahren gelten, wenn Führungspersonen in diesen Medien ernannt oder abberufen werden.
- **Staatliche Werbung** darf nicht willkürlich vergeben werden. Behörden müssen offenlegen, wie viel Geld sie für Werbung ausgeben und an wen es fließt. Die Mittel sollen fair, objektiv und gleichmäßig auf verschiedene Medienanbieter verteilt werden – damit nicht nur große oder regierungsnahe Medien profitieren.
- **Mediendiensteanbieter** sind verpflichtet, offenzulegen, wem sie gehören und wie sie finanziert werden. So soll verhindert werden, dass einzelne Akteure zu viel Einfluss gewinnen oder im Verborgenen Macht über Medien ausüben.
- **Anbieter von Zuschauer- oder Reichweitenmessungen** – also etwa Firmen, die ermitteln, wie viele Menschen eine Sendung sehen – müssen ihre Methoden offenlegen. Diese sollen fair, nachvollziehbar und für alle Beteiligten überprüfbar sein.

Damit der EMFA wirksam umgesetzt werden kann, fordert das Media Board die Mitgliedstaaten auf, ihre nationalen Rechtsrahmen an die Bestimmungen der Verordnung anzupassen und sicherzustellen, dass ihre Regulierungsbehörden über die personellen, technischen und finanziellen Ressourcen sowie die

erforderlichen Befugnisse verfügen, um ihre Überwachungs- und Koordinierungsaufgaben im Rahmen des Medienausschusses wahrzunehmen.

Mit dem Inkrafttreten des European Media Freedom Act (EMFA) erhält der Medienrat neue Zuständigkeiten als verantwortliche Behörde für dessen Umsetzung in Belgien. Zu den zentralen Aufgaben zählt der Schutz der unabhängigen Funktionsweise öffentlich-rechtlicher Mediendiensteanbieter.

Darüber hinaus wirkt der Medienrat aktiv im neu geschaffenen europäischen Media Board mit. In dessen Arbeitsgruppen – in denen der Medienrat überall vertreten ist – gestaltet er die Zukunft der Medienregulierung auf europäischer Ebene mit und teilt seine Expertise mit. Er ist eine der Stimmen der kleinen Regulatoren.

Innerhalb Belgiens arbeiten die verschiedenen Medienregulatoren eng zusammen, um eine gemeinsame belgische Position im Media Board zu vertreten. Zudem wenden sie einheitliche Verfahren an, um die Umsetzung des EMFA kohärent und wirksam zu gestalten und den Schutz der Medien in Belgien zu garantieren.

„Das Inkrafttreten des European Media Freedom Act“, so Medienratspräsident Jürgen Heck, „bedeutet für uns gleichermaßen Herausforderung wie Anerkennung. Es ist wichtig, dass auch die Stimme der sogenannten kleinen Medienregulierer in diesem Konzert der Großen Gehör findet. Zudem wird so einmal mehr die Wichtigkeit einer unabhängigen Medienregulierungsbehörde in der Deutschsprachigen Gemeinschaft betont. Wir werden uns dieser Aufgabe würdig erweisen.“